

**Attac-Kiel**

**Gutachten zum Gesetz zur Förderung des Mittelstandes (Drs. 17/1159, Landesregierung) und (Drs. 17/1227, Grüne)**

**1. Staatliche Mittelstandsförderung?**

**Frage nicht, was dein Land für dich, sondern was du für dein Land tun kannst. (John Fitzgerald Kennedy)**

**2. Privatisierung kommunaler Aufgaben als Lösung?**

Die Schleswig-Holsteinische Landesregierung plant wie die Grünen eine neue Zielbestimmung in das Mittelstandsförderungsgesetz einzufügen. Dort heißt es, dass „zu den ständigen Aufgaben für die Gemeinden und Gemeindeverbände“ ... „die kontinuierliche Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten von Leistungen und Unternehmen der öffentlichen Hand“ gehören. Das ist hart an der Grenze zum Grundrechtsbruch, faktisch ein Anachronismus, historisch widerlegt und wirtschaftswissenschaftlich nicht haltbar.

Das Grundgesetz schützt die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden durch die Verfassungsgarantie der kommunalen Selbstverwaltung aus Art.28 Abs.2. Dort heißt es: „Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.“ Attac schlägt folgende Formulierung vor: „Die kontinuierliche Überprüfung der Rekommunalisierungsmöglichkeiten von privaten Leistungen für die öffentliche Hand gehört zu den ständigen Aufgaben der Gemeinden.“

Auf die Frage, warum denn die Daseinsvorsorge ein interessanter Bereich für die Privaten ist gab der Europachef der australischen Bank Macquarie schon 2007 eine Antwort: „Weil es eine essentiell wichtige Dienstleistung für die Kommune bereitstellt, weil es vor Wettbewerb geschützt ist und weil es stabile und nachhaltige Erträge über einen langen Zeitraum erwirtschaftet“. Dies war in der Wirtschaftswoche vom 11.6.2007 auf Seite 72 zu lesen und läßt jeden Marktwirtschaftler hochgradig beunruhigt zurück: Unternehmen, vor Wettbewerb geschützt und mit staatlich garantierten Gewinnen bedacht – so ist keine Marktwirtschaft zu machen..

Die Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten ist heute ein Anachronismus. In den letzten zehn, zwanzig Jahren ist nicht anderes geschehen, als das alle Gemeinden nicht nur in Schleswig-Holstein geprüft haben, was denn noch zu privatisieren wäre. Teilweise ist man Moden

gefolgt, teilweise war es der durch Steuersenkungen erzeugte Zwang. Insgesamt kann man aber keineswegs von einem politischen Erfolg sprechen. Als Resultat dieser Entwicklung hat sich eine breite Bewegung der Kommunen gebildet, die Rekommunalisierung anstreben. Hinzu kommt, dass der Anteil der öffentlichen Wirtschaftsorganisationen trotzdem relativ konstant bei einem Drittel der deutschen Wirtschaftsleistung verblieben ist und das liegt an paradoxen Effekten. So hat auch die Privatisierung im Finanzsektor nicht zu einer Zunahme der Privatbanken geführt, sondern zu einer bisher ungekannten Zunahme des Staatsanteils.

Die gegenwärtige Staatsschuldenkrise ist von der Privatwirtschaft und hier insbesondere von Investmentbanken und Hedgefonds ausgegangen. Im September 2008 konnte der Zusammenbruch der globalen, privaten Finanzwirtschaft nur dadurch abgewehrt werden, dass die Staaten als letzte Garanten eingesprungen sind. Die sichtbare Kraft der öffentlichen Hände hat die Apokalypse der Privatwirtschaft abgewendet, auch weil man es zugelassen hatte, dass Banken „too big to fail“ waren. In der Folge sind – nicht nur die deutschen – Schulden explodiert. Allein 2010 sind die Schulden der Bundesrepublik von knapp 1,7 Billionen auf 2 Billionen Euro davon geeilt. Allein 240 Milliarden sind in den Bankensektor geflossen. Hinzu werden zukünftige Belastungen z.B. aus der Stützung Irlands kommen, das bei einer moderaten Erhöhung ihrer Unternehmenssteuer auf den Durchschnitt der EU, sehr wohl in der Lage wäre seine Verschuldung alleine in den Griff zu bekommen. Das ist im Kern eine mittelstandsfeindliche Politik, denn diese Schulden sind die Steuerlast des Mittelstandes von morgen. Die Kürzungspolitik auf Länderebene trifft den Mittelstand schon heute. Es ist eine massive Belastung des Mittelstandes, wenn das dritte Kitajahr und die Schülerbeförderung von öffentlichen in private Kosten umgewidmet werden.

Die historischen Erfahrungen haben gezeigt, dass privates Wirtschaften in vielen Fällen nicht funktioniert. Die Eisenbahn war im 19. Jahrhundert lange privat bis man in der großen Depression 1873 bis 1895 feststellen musste, dass das nicht funktioniert, weil reihenweise private Eisenbahngesellschaften in den Bankrott gingen. Die Befunde der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung sind eindeutig: In weiten Bereichen des Wirtschaftens sind Märkte nur die zweitbeste Lösung. Märkte sind nicht effizient, um hohe Risiken zu managen. Märkte können lange Zeiträume und Fristen nicht hantieren. Märkte funktionieren nicht so, wie man es sich wünscht, wenn zu hohe Informationsasymmetrien vorliegen. Märkte versagen bei hoher sozialer Vernetzung und dichten Sozialkontakten. Die Konsequenz daraus sind ernsthafte Fragen hinsichtlich einer neuen Kopplung von Politik und Wirtschaft. Das Verhältnis von Markt und Gemeinwirtschaft ist auf der

Grundlage dieser gesicherten Erkenntnisse neu zu tarieren. Ein Landesgesetz, welches den Kommunen die Überprüfung der Privatisierungsmöglichkeiten vorschreibt ist dazu ungeeignet.

attac-Kiel

Dr. Thomas Herrmann